Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

[illegible]

9. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 14. Januar 1933 — Nummer 12

Hungerfeldzug gegen das Proletariat!

Verschärfter Lohnabbau soll die Profite der Industriellen und Großagrarier erhöhen . Werktätige Massen, setzt euch zur Wehr . Heraus in roter Einheitsfrontaktion gegen Lohnraub, für die Zurückeroberung der alten Löhne . Entfaltet das Banner der roten Einheitsfront bei den Betriebsrätewahlen!

Dresden, 14. Januar

Wie die kommunistische Presse sofort signalisierte, macht die Schleicherregierung die größten Anstrengungen, um die Gegensätze zwischen Großagrariern und Industriekapitalisten auf Kosten der breiten Massen der Werktätigen zu überbrücken. Ungeheuerliche Zollerhöhungen auf der ganzen Linie sind angekündigt. Die Regierung läßt offiziell mitteilen, daß sie die Margarinenotverordnung unter keinen Umständen aufgeben will, ungeachtet der zu erwartenden Verteuerung, außerdem soll die Produktion von Margarine scharf eingeschränkt werden.

Ja, die Schleicherregierung will, um die landwirtschaftlichen Großproduzenten zu befriedigen, in bestimmter Richtung noch viel weitgehendere Maßnahmen durchführen, als sie der derzeitige Vorstand des Reichslandbundes gefordert hat. Die der Schleicherregierung besonders nahestehende Tägliche Rundschau schreibt am 13. Januar:

„Der Reichskanzler von Schleicher wird eingesehen haben, daß es mit den kleinen unzulänglichen Maßnahmen des heutigen Reichsernährungsministers nicht weiter geht. Man wird ihm den guten Glauben nicht absprechen können, wenn man die enge Verbindung zwischen Braun und Kalckreuth bedenkt. Aber diese scharfe Stellung des Landbundvorstandes wird auch ihm klar gemacht haben, daß nur eine ganz einheitliche binnenwirtschaftliche Linie das Agrarproblem endgültig lösen kann. Letzten Endes ist es uninteressant, ob man 15 000 Tonnen Butter der Margarine beimischt, wenn man nicht endlich für alle deutschen Agrarprodukte einen Verwendungszwang in Deutschland durchlegt."

Ein solcher Verwendungszwang für alle Lebensmittel würde Zustände herbeiführen, wie während des Weltkrieges, würde unabsehbare Verteuerung aller Lebensbedürfnisse zur Folge haben.

Schon die von der Schleicherregierung angekündigten neuen Zollerhöhungen werden eine scharfe Preissteigerung herbeiführen, was einen neuen indirekten Lohnabbau bedeutet. Doch auch

auf direktem Wege soll ein neuer scharfer Lohnabbau herbeigeführt werden.

Krupp von Bohlen und Halbach, der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, hatte am 12. Januar eine Unterredung mit dem Reichskanzler Schleicher. Am selben Tage machte die Deutsche Allgemeine Zeitung in ihrer Abendausgabe den Großagrariern folgendes Angebot:

„Das industrielle Kosten- und Preisproblem wird noch erneut zu überprüfen sein und sich vielleicht die Notwendigkeit ergeben bei gleichzeitiger Steigerung der Gesamtlohnsummen den Stundenlohn noch einmal zu verbilligen."

Das ist das Angebot der Großindustriellen, den großagrarischen Forderungen zuzustimmen, wenn die Regierung neue riesige Subventionen an Steuermitteln gibt und gleichzeitig alle staatlichen Machtmittel einsetzt, um einen neuen scharfen Lohnabbau herbeizuführen. Auf diesen Vorschlag werden sich Großagrarier, Großindustrielle und Schleicherregierung einigen.

Bei diesen Lohnabbauplänen rechnen die Ausbeuter auf die Mithilfe der sozialfaschistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie. Gleichzeitig soll der verschärfte blutige Terror, den die Naziführer gegen das werktätige Volk organisieren, die Durchführung aller dieser Pläne gegen das Proletariat sichern.

Diese Situation erfordert höchste Wachsamkeit und Kampfentschlossenheit in den Reihen des Proletariats!

Arbeiter, Werktätige, wehrt euch! Schließt euch zusammen zur festen Einheitsfront gegen Verteuerungspolitik, Lohnabbauoffensive und Faschismus.

Die Arbeiterschaft, die Betriebsbelegschaften, geben die beste Antwort, wenn sie nicht nur jeden Lohnabbau zurückweisen, sondern den Kampf um die Wiedereroberung der alten Löhne aufnehmen.

Im Zeichen der Einheitsfront gegen Lohnabbau und Faschismus muß auch zu den Betriebsrätewahlen mobilisiert werden, denn während der Streikwelle gegen den Papenlohnabbau hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, wenn kampfentschlossene und zielbewußte Kollegen an der Spitze der Belegschaften stehen.

Wenn sich jetzt die Arbeiter in Tausenden von Betrieben gegen die verschärfte Lohnabbauoffensive zur Wehr setzen und um die Zurückeroberung der alten Löhne kämpfen, so wird es gelingen, die ungeheuerlichen Pläne der Kapitalisten zu durchkreuzen!

Her mit dem geraubten Lohn!

Rote Betriebsräte ergreifen die Initiative . Siegreiche Streiks gegen Lohnraub und gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

In der Betriebsratssitzung im Großbetrieb Hösch, Dortmund, beantragten die roten Betriebsräte, von der Direktion die Zurückzahlung des weggenommenen Lohnes für die Monate Oktober, November und Dezember zu verlangen. Im Hinblick auf die Kampfstimmung der Belegschaft mußten die reformistischen Betriebsräte diesem Antrag zustimmen. Die Betriebsgruppe der RGO mobilisiert jetzt die Belegschaft für Durchsetzung der Forderung.

So handeln rote Betriebsräte. Sie ergreifen die Initiative und setzen sich für die Forderungen der Gesamtbelegschaft ein. Dadurch gewinnt die Belegschaft Vertrauen zu ihrer eigenen Kraft, weil sie die Sicherheit hat, eine zielklare und entschlossene Führung zu besitzen. In engster Zusammenarbeit mit der Betriebsgruppe der RGO kann die Belegschaft zur einheitlichen, siegreichen Kampffront zusammengeschweißt werden. Dann scheitern die Manöver der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die Einheitsfront der Belegschaft zu spalten und einen Kampf zu verhindern.

Alle roten Betriebsräte, alle Betriebsgruppen der RGO müssen dem Beispiel der Hösch-Kollegen folgen! Organisiert den Kampf um die Zurückeroberung des geraubten Lohnes! Das ist gleichzeitig die beste Vorbereitungsarbeit für die Betriebsrätewahlen.

Organisiert einen gewaltigen Massenvertrieb unserer Zeitung

anläßlich unserer Sonderausgaben

am Dienstag:
mit ausführlichem Bericht über den Vorstoß der Kommunisten gegen Hunger und Frost in der ersten Sitzung des Dresdner Stadtparlaments;

am Mittwoch:
anläßlich der Mobilisation für die Betriebsrätewahlen besonders bedeutsamen

Sonderausgabe für Betriebsrätewahlen

am nächsten Sonnabend:
anläßlich des Todestages des Genossen Lenin erscheinen wir mit einer verstärkten

Sonderausgabe zu Lenins Todestag

Die Kinder der Hungernden fordern Milch und Brot

Berlin, den 14. Januar 1933.

Gestern nachmittag demonstrierten 200 Kinder von Erwerbslosen unter den Rufen: „Wir wollen Milch und Brot. Wir Kinder der Erwerbslosen wollen Kleider und Schuhe", nach dem Rathaus in der Königstraße. Die Polizei hieb die ärmlich gekleideten Kinder mit brutaler Gewalt auseinander.

Neue Nazi-Ueberfälle

auf Arbeiterversamlungen und Arbeiterverkehrslokale

Berlin, den 14. Januar 1933.

Gestern abend verübten die Nationalsozialisten von einem mit drei Mann besetzten Motorrad einen Feuerüberfall auf das Arbeiterverkehrslokal Lehmann in der Sparestraße.

Halle a. d. Saale 13. Januar

In einer überfüllten Versammlung der Roten Hilfe versuchten nationalsozialistische Sturmtrupps unter Führung des Gauleiters Jordan schwerbewaffnet die Versammlung zu sprengen. Die SA-Banditen wurden aber im Verlauf der von SA-Leuten provozierten Saalschlacht hinausgeprügelt. Ein Arbeiter wurde durch den Messerstich eines SA-Banditen schwer verletzt.

Karl und Rosa zum Gedächtnis

Morgen, am 15. Januar, jährt sich zum 14. Male der Tag, an dem unsere unvergeßlichen Genossen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf viehische Weise ermordet wurden. Das geschah mit Wissen und voller Unterstützung der sozialdemokratischen Führer, die den Kampf gegen das aufständische deutsche Proletariat zu ihrer zentralen Hauptaufgabe gemacht hatten.

Welch große Bedeutung dem Mord an den Führern des Aufstandes der fortgeschrittenen Arbeiter beigemessen werden muß und was die damit zusammenhängenden Geschehnisse, ins-

besondere die einmalige und blutige sozialdemokratische Schande für die weitere Entwicklung der revolutionären Kämpfe bedeuten, das wird in einem zu den Januartagen Stellung nehmenden längeren Artikel des Genossen Hopner gründlich dargestellt, aus dem wir folgende, die Bedeutung des Mordes an Karl und Rosa behandelnde Stellen entnehmen:

*

Schon in den ersten Tagen des revolutionären Aufstandes entstanden in Deutschland und in Rußland aus den Reihen der angesehensten Mitglieder der Sozialdemokratie Henker der Revolution, große und kleine Noskes, die später in Gerichtsverhandlungen sogar offen über ihre niederträchtige Rolle aussagten.

1917 in Rußland arbeitete die russische Bourgeoisie mit Hilfe des „Sozialisten" Kerenski an der Rettung der Monarchie, brachte an Stelle des gestürzten Zaren Nikolaus zuerst seinen Bruder, dann seinen Sohn in Vorschlag.

In Deutschland waren es die sozialdemokratischen Führer, die das gleiche Spiel trieben, obwohl sie nach außen hin sich als Kämpfer für die Republik gebärdeten. Um den General Groener von der Notwendigkeit der Abdankung Wilhelms II. zu überzeugen, weil dies für die Rettung vor der Revolution nötig sei, sagte Ebert: „Die Abdankung des Kaisers ist notwendig, wenn man den Uebergang der Massen ins Lager der Revolution verhindern will". David und Südekum setzten hinzu: „Dieser Schritt bedeutet keinesfalls die Abschaffung der Monarchie in Deutschland".

In voller Uebereinstimmung mit der Lehre von Marx erachteten die russischen Bolschewiki von den ersten Revolutionstagen an die Zerstörung der Maschinerie des bürgerlichen Staats als ihre Aufgabe und führten sie erfolgreich durch. Die Führer der Sozialdemokratie aber stellten sich, ans Ruder gelangt, die Aufgabe, die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie zu retten und

Karl Liebknecht ruft

zur Verteidigung der russischen Revolution

„Es soll nicht in der Weltgeschichte heißen: die russische Freiheitsbewegung ist durch das deutsche Volk, das zugleich die größte und stärkste Organisation des internationalen Proletariats besaß, niedergeworfen worden. Vor dieser Todsünde müssen wir uns bewahren. Wir wären erbärmliche Kerls, und der Teufel sollte uns holen, wenn wir nicht dafür sorgen würden, daß jeder etwaige Versuch, der russischen Revolution aus Deutschland in den Rücken zu fallen, mit einer gründlichen Niederlage auch der preußischen Reaktion enden würde."

(Karl Liebknechts Bekenntnis zur russischen Revolution 1905 auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena.)

SLUB
Wir führen Wissen.